

Krafsamer Zeitung.

Nr. 17.

Freitag den 22. Jänner

1864.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafsam 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigerblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Aufendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Jänner d. J. dem Hofrathe des obersten Gerichtshofes extra statum Leopold Ritter von Heller aus Anlaß seines vollendeten fünfzigsten Dienstjahres in Anerkennung seiner treuen und ausgezeichneten Dienstleistung das Comthurkreuz Allerhöchster Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Rittmeister in der Armee Alfred Grafen Gattenburg die k. k. Rämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den k. k. Rath Dr. Alexander Ritter von Pawlowski zum Prüfungskommissar der Staatswissenschaftlichen Staatsprüfungskommission in Wien ernannt.

Der Staatsminister hat über Vorschlag der Gemeinderäthe der Städte Conegliano und Geneda die betreffenden bisherigen Podesta Dr. Peter Golen von Fabris und Franz Rossi in ihren Functionen auf weitere drei Jahre bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsam, 22. Jänner.

Ueber die Abstimmung in der Bundestags-Sitzung vom 14. d. theilt die „Darmst. Ztg.“ noch Folgendes mit: Oesterreich und Preußen bezogen sich auf ihren Antrag und empfahlen nochmals dringend dessen Annahme. — Baiern schloß sich diesem Antrag nur insoweit an, als derselbe die militärische Besetzung Schleswigs durch Bundesstruppen in Aussicht nimmt, und unter der Modification, daß diese Besetzung zur Wahrung der Rechte Deutschlands in Schleswig sofort stattfinden habe. — Hannover gegen den Antrag, da erst die Erbfolgefrage entschieden sein müsse. — Württemberg stimmte dem Antrag nur unter der Bedingung zu, daß ausdrücklich ausgesprochen werde, eine demnächstige Aufhebung der November-Versassung könne nicht genügen, um den Rückzug der deutschen Truppen aus Schleswig herbeizuführen. — Baden erklärte sich gegen den Antrag von Oesterreich und Preußen, aber auch gegen den großh. bayerischen Antrag, da bis nach Entscheidung der Erbfolgefrage der legitime Boden zu einem Einschreiten in Schleswig fehle. — Großherzogthum Hessen gegen den österreichisch-preussischen und für den eigenen Antrag vom 28. December, mit welchem übrigens die bedingte Abstimmung von Baiern und dem Königreich Sachsen im Wesentlichen zusammentriffe. — Gegen den Antrag die großh. und herzogl. sächsischen Häuser, welche zugleich eventuell der kön. sächsischen Abstimmung sich anschließen. — Mecklenburg wie Kurhessen, d. h. für den Antrag mit Vorbehalt der Erbfolgefrage. — Braunschweig-Nassau gegen den österreichisch-preussischen, für den großh. bayerischen Antrag und somit auch für die daselbst verfolgten Abstimmungen Baierns und Sachsens. Ebenso die 15. Stimme (Oldenburg u. i. w.). Die 17. Stimme (freien Städte) war gegen den Antrag, eventuell für die Abstimmung von Baiern und Sachsen.

Die Zeitung für Norddeutschland sagt: „Die beiden Regierungen, welche bedingungsweise den österreichisch-preussischen Antrag anzunehmen geneigt

waren, und deshalb auch wohl dem Protest nicht beigetreten sind, scheinen Hannover und Hamburg, als maßgebend für die freien Reichsstädte, gewesen zu sein. Für den Hamburger Senat ist es höchst bezeichnend, daß derselbe in der Stadt den Forderungen der Bürgerschaft auf eine nationale Politik mit Worten nachgiebt, während er zur Ausübung dieser Politik an den Bundestag einen Mann schickt, der im dänischen Unterthanenverhältnis steht. Denn der bekannte Patron Dr. Rüder, der jegige Hamburgische Bundestagsdeputirte, der als Vorsitzender der Curie der freien Reichsstädte bei Stimmengleichheit entscheidet — ist der Besitzer der Grafschaft Frezenborg in Jstland, die er von seinem Oheim, dem reichen Senator Senisch, ererbt.

Die „Baier. Ztg.“ theilt den nachstehenden Wortlaut des bayerischen Votums in der Bundestags-Sitzung vom 14. d. über den österreichisch-preussischen Antrag, die Wahrung der dem deutschen Bund in Bezug auf Schleswig zustehenden Rechte betreffend, mit:

Die k. Regierung findet sich durch den Verlauf, den die vorliegende Angelegenheit seit ihrem Antrag vom 23. v. M. genommen hat, in der Ansicht bestärkt, daß die Entscheidung der Frage der Erbfolge in den Herzogthümern vor jedem weiteren Schritt dringend geboten ist, um die Maßnahmen übersehen zu können, welche der Bund in Bezug auf Schleswig zu beschließen haben wird. Die kön. Regierung verkennt aber ebensovienig die Zweckmäßigkeit von Vorkehrungen, welche die Sicherung der Rechte bezwecken deren Wahrung dem Bund in diesem Herzogthum obliegt, und schließt sich daher dem österreichisch-preussischen Antrag nur in so weit an, als derselbe die militärische Besetzung Schleswigs durch Bundesstruppen in Aussicht nimmt, und unter der Modification, daß diese Besetzung zur Wahrung der gebachten Rechte sofort stattfinden habe. Nachdem dann der österreichisch-preussische Antrag mit 11 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und hierauf von den Gesandten Oesterreichs und Preußens erklärt worden war, daß demnach die beiden deutschen Großmächte die Sache in die eigene Hand nehmen werden, — gab der kön. Bundestagsdeputirte im Auftrag der kön. Regierung noch folgende Erklärung ab: Die kön. Regierung sieht sich in Folge dieser Erklärung veranlaßt, ihrerseits dem Bunde, welcher zunächst dazu berufen ist, die Rechte und Interessen Deutschlands zu wahren, die weiteren Entschlüsse in dieser Angelegenheit vorzubehalten, nachdem das in Aussicht gestellte Vorgehen Oesterreichs und Preußens lediglich als ein Ausfluß ihrer Stellung als europäische Mächte betrachtet werden kann.

Die „Europe“ behauptet, es existire eine vertrauliche Note Roggenbach's an die deutschen Regierungen, jene der Großmächte und der vier Königreiche ausgenommen, des Inhalts: Falls ein Congreß oder eine Conferenz für die allgemeinen europäischen Fragen zu Stande käme, dürfte Deutschland nicht etwa durch die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens, Baierns, Hannovers, Sachsens, Württembergs und des Bundestages, sondern es müßte durch einen einzigen Minister vertreten sein.

In Uebereinstimmung hiermit schreibt man der „Presse“ aus Frankfurt: Es ist gewiß ein beachtenswerthes Symptom der verschiedenen Einflüsse, welche bei der gegenwärtigen schleswig-holsteinischen Bewegung, wenn auch zuweilen unter dem prunk-

den Deckmantel des glühenden Patriotismus sich geltend machen, daß bei der letzten Abstimmung am Bundestage das großherzoglich badische Votum nicht nur gegen jede Intervention des Bundes in Schleswig vor Erledigung der Successionsfrage in Holstein sich aussprach, sondern ausdrücklich den großherzoglich bayerischen Antrag in dieser Richtung bezüglich des Herzogs von Holstein, in welchem ein gewaltthätiges Vorgehen zu erblicken sein würde, zu welchem der deutsche Bund nicht anders berechtigt sein würde, als zur Vertretung des legitimen Herzogs von Holstein, und also auf dessen eventuelle Gefährdung und künftige Hilfesauforderung hin. Wie sehr nun auch die großherzoglich badische Regierung bereit sei, die Rechte des Herzogs in Holstein mit allen Mitteln zu vertreten, so würde sie doch „keinen Anstand nehmen, vor gewaltthätiger Besitzergreifung oder Inpfandnahme Schleswigs auf den Versuch einzugehen, diese Rechtspunkte auf einem allgemeinen Congreß europäischer Staaten zur Anerkennung zu bringen. Sowohl die Zusammenfassung dieses Congresses als die Voraussetzungen, auf welche hin er zusammentritt, müßten freilich wesentlich andere, als die von der königlich großbritannischen Regierung wiederholt vorgeschlagenen sein, und würde sich die großherzogliche (badische) Regierung vorbehalten, seinerzeit bezüglich der Vorschläge zu formuliren.“ Am Schlusse erklärt Baden, sich der eventuellen Zustimmung der großherzoglich holsteinischen Regierung (Augustenburg) für die Beilegung dieses Begees versichert zu halten. „Ich bemerke Ihnen hiebei ausdrücklich, daß ich die bezeichnete Stelle wörtlich aus dem badischen Votum citire, womit also — meines Erachtens — für jeden halbwegs Einsichtsvollen bewiesen ist, daß hinter all dieser pompösen Ausbeutung des Enthusiasmus für das „ungeteelte“ Schleswig-Holstein, bei Herrn v. Roggenbach wenigstens, lediglich die alsbaldige Einsetzung des Herzogs Friedrich in Holstein, mit Preisgebung Schleswigs, steht, sammt augenfalliger Zubeilegung der ganzen Frage für einen europäischen Congreß nach französischem Schema, sogar bis zur Gefährdung, gegen den englischen Vorschlag fast wörtlich die französischen Einwendungen geltend zu machen. Dafür verpflichtet Baden, selbst das Programm des europäischen Congresses zu entwerfen.“

Dem Frankfurter Sechshundrthiger-Ausschuß ist zu erkennen gegeben worden, daß, falls seiner Thätigkeit in Frankfurt Hindernisse bereitet werden sollten, seiner Domicilirung im Großherzogthum Baden nichts im Wege stehe.

Die neueste telegraphisch gemeldete Erklärung, die Oesterreich und Preußen im Schooß des Bundestages abgegeben, scheint etwas beruhigend auf die Ansichten der Mittelstaaten gewirkt zu haben und ist bereits eine etwas ruhigere Auffassung des jüngsten Vorgehens der „deutschen Vormächte“ beim Bunde wahrzunehmen. Man glaubt, heißt es in einem Münchener Schreiben des „Votivkammer“, den Hauptaccent auf die Wahrung des am Bund eingenommenen Rechtsstandpunktes legen, momentane Stöße pariren und die Entwicklung der österreichisch-preussischen Politik in ihrer europäischen Eigenschaft vorerst abwarten zu sollen.

Zuverlässigen Mittheilungen aus Dresden (vom 20.) zufolge hat die sächsische Regierung, dem An-

suchen der österreichischen entsprechend, den General-Lieutenant v. Hake dahin instruit, bei dem Vorrücken des unter dem Oberbefehle des Feldmarschalls v. Wrangel stehenden österreichisch-preussischen Expeditions-Heeres nach Schleswig, der Brigade Gondrecourt (welche unter die Befehle des k. k. Divisionärs Freiherrn v. Gablenz gestellt wird) zu gestatten, ihre bisherige Stellung in Hamburg zu verlassen, und gegen Schleswig vorzurücken, da hiernach das Bedürfnis einer Reserve für die sächsisch-hannoverschen Bundesstruppen in Holstein von selbst entfällt. Auch Hannover soll hiemit einverstanden sein.

In Berlin, schreibt die „Kreuztg.“, ist aus Kopenhagen die Nachricht eingegangen, daß das dänische Cabinet die Sommarion der deutschen Großmächte abgelehnt habe. Die Großmächte werden nun ohne Weiteres nach Schleswig vorgehen, und Dänemark zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwingen. Feldmarschall Wrangel rückt Ende der Woche mit seinem Stabe nach Holstein, beziehungsweise Schleswig ab.

Nach in Wien am 20. Jänner eingetroffenen telegraphischen Nachrichten aus Kopenhagen haben die Gesandten Oesterreichs und Preußens sich in der That durch Elementar-Verhältnisse gehindert, die dänische Hauptstadt zu verlassen.

Kopenhagener Berichten des „B. L.“ zufolge wird König Christian mit dem Kronprinzen in den nächsten Tagen wieder bei der Armee in Schleswig eintreffen. Die Dänen werden beim Anrücken der österreichisch-preussischen Truppen das Kronwerk von Mendsburg räumen und sich beim Dannevirke aufstellen.

Da England für die Gültigkeit des Londoner Vertrages vom Jahre 1852 so entschieden auftritt, erinnert die „Presse“ höchst zeitgemäß an einen anderen Londoner Vertrag, den England selbst gerissen und vernichtet hat. Es war das Londoner Protocoll vom 7. Mai 1832, welches die griechische Frage entschied. Ueber Charakter und Rechtskraft des zwischen den Schutzmächten und der bayerischen Krone getroffenen Uebereinkommens hat ein Zweifel niemals obgewaltet. Es war ein durchwegs unanfechtbarer, rechtsbeständiger und allseitig obligatorischer Staatsvertrag. Könnte aber ja ein Zweifel darüber aufstehen, so würde er durch den Additionalvertrag vom 3. April 1833 gehoben werden. Es kann kein präciser ausgesprochener, feierlicher declarirter Staatsact existiren, als die Einsetzung der bayerischen Dynastie in Griechenland. Nicht nur erklärten sich die Hauptpaciscenten, das griechische Volk und der König von Baiern namens seines minderjährigen Sohnes, sowie als Familien-Oberhaupt, einverstanden, sondern die Schutzmächte übernahmen die ausdrückliche Garantie für die Aufrechterhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages. Dreißig Jahre später wurde dieser Vertrag einseitig zu lösen versucht. Es gab zwar kein einziges rechtsgültiges Fundament für die Aufhebung des Pactes; aber die Schutzmächte, Großbritannien an der Spitze, erklärten die Convention vom 7. Mai 1832 für null und nichtig, und setzten mit einer Rechtsverachtung, die in der Geschichte ohne Beispiel da steht, einen andern Prinzen auf den keineswegs erledigten griechischen Thron. Zu Gunsten des Sohnes

Feuilleton.

Adalbert Stifters Studien.

In dem sechsten Band der „Oesterreichischen Revue“ (Wien, G. Gerolds Sohn) finden wir einen interessanten Aufsatz unter dem Titel: „Adalbert Stifter. Eine literarisch-historische Skizze“ aus der Feder des hiesigen Universitäts-Professors R. Th. Bratranek, der um so zeitgemäßer erscheint, als eben eine neue Auflage der „Studien“ Adalbert Stifters angekündigt wird.

Der Verfasser der Studien wurde am 23. October 1806 in Oberplan, einem Marktflecken des südlichen Böhmens, im Budweiser Kreise geboren. Der Vater, Johann Stifter, war ein schlichter Leineweber, ebenso die Mutter, dem Kleinbürgerthum entwachsen. Aber der Knabe zeigte früh über diesen Stand hinausreichende geistige Gaben in sich, der Pfarrer des Ortes merkte dies, gab ihm unentgeltlichen Unterricht und empfahl dann auch den Frühverwalter der Guts- wohlwollender und vermögender Freunde, welche ihm Mittel und Gelegenheit zur Ausbildung für die Universität verschafften.

So finden wir im September 1818 den zwölfjährigen Dorfknaben bereits außerplan der engen Grenzen seiner bauerlichen Heimat, als Schüler der weitberühmten Benedictinerabtei Kremsmünster in Niederösterreich. Hier war

es, wo die classische Welt der Griechen und Römer in eifrigem Studium der alten Sprachen sich ihm öffnete, wo aber auch die geschichtliche Vorsehung der germanischen Völker ihn im seltenen Grade zu Forschungen anreizte. Neben der historischen Wissenschaft war es die Kunst der Poesie, die den Sinn des aufgeweckten Jünglings füllte, und von seinem Beruf zur letzterer legte eine Arbeit über die Gründung der Abtei durch Herzog Thassilo von Baiern glänzendes Zeugniß ab, welche im Jahre 1824 den ersten Preis gewann. Zugleich erweckte jedoch der Zeichenunterricht bei Georg Ringelmaier auch die Lust an den bildenden Künsten, und nicht minder befähigt für Malerei, wie für Dichtung, regte sich mächtig der Zweifel in dem jungen Mann, welcher er den Vorzug geben und sich mit allen Kräften widmen sollte. Das Resultat war: keine der beiden Künste bekam ihn schließlich als ihren Jünger, er schwor zur Ehre des Gelehrtenstandes und bezog die Wiener hohe Schule, ohne jedoch nun auch im Bereiche der Wissenschaft sich sofort für ein bestimmtes Feld entscheiden zu können. Er begann mit dem Zus., ging aber von der Rechtskunde zur Staats- und Cameralwissenschaft, von dieser zur Philosophie, von der Philosophie zur Geschichte, von der Geschichte zur Mathematik und von der Mathematik endlich zum Studium der Natur über. Diesem letzteren blieb er schließlich treu.

Nach gemachtem Examen wendete sich Stifter der Wirklichkeit eines Haus- und Privatlehrers zu, und hier durfte man es dem wohl für eine Bevorzugung des Schicksals

halten, wenn sein guter Stern ihn in das Haus des Staatskanzlers Metternich führte, wo er die Erziehung des jungen Fürsten Richard, jegigen österreichischen Gesandten in Paris, übernahm. Pecuniär äußerst vortheilhaft gestellt, sah er sich bald in der Lage, einen eigenen Herd zu gründen und im Jahre 1837 die Tochter eines Officiers in Wien, Amalie Rohaupt, als seine Gattin heimzuführen.

In den glänzenden und zerstreuten Umgebungen des Metternich'schen Hauses mochte Stifter nur wenig Stimmung und Muße finden, die Lieblingsneigung seiner jugendlichen Tage zur Poesie weiter zu pflegen. Kam es ja einmal zu einem dichterischen Entwurf oder Versuch, so wurde ein jeder doch bald nach seiner Entstehung in bescheidenem Zweifel über seinen Werth vom Autor selber wieder vernichtet. Da fesselte ihn einen ganzen Winter lang schwere Krankheit ans Bett und so in der Einsamkeit, sich allein überlassen, regte der poetische Genius in ihm wieder freier und höher seine Schwingen, die Phantasie erhielt Raum, ihre schaffende Macht zu zeigen: er schrieb, im Bett sitzend, mit Bleistift die liebliche Erzählung „Feldblumen“ nieder, sowie später auch noch den „Gondor“. Zufällig nur geschah es, daß eine Freundin, die Baronin Münch, die Gräfinz dieser beiden Werke inne ward; fast wider Willen des Verfassers entführte sie das Manuscript und brachte es in die Öffentlichkeit: die erste der Novellen erschien im Taschenbuch „Freis“, die andere in der von Wittwauer redigirten „Wiener Zeitschrift“.

Niemand aus dem größeren Publicum kannte den Na-

men Stifter; zum ersten Mal hörte man ihn, um ihn seitdem nicht wieder zu vergessen und recht oft zu nennen. Mit Blütheschnelle gleichsam errang sich dieser Fremdling nun Bürgerrecht im Reich der Dichtung. Stifter fand freilich im Volk keinen Anklang, aber unter den Gebildeten vertiefte sich Jüng und Alt, und Herr wie Dame in die Lectüre seiner Erzählungen, sie wurden Mode in den Salons und ästhetischen Circeln, sie lagen in dem Voudoir jeder Baronin und nicht minder auf dem Büchertisch jedes Literaten. Zeitschriften und Almanache, letztere damals besonders in Oesterreich noch in ihrer Blüthe stehend, zeigten förmlich um Beiträge von dem rasch in Günst gekommenen Dichter, und auch wie diese einzelnen Novellen dann als „Studien“ gesammelt herauskamen und „draußen im Reich“ nun ebenfalls bekannt wurden, begleitete das Werk lauter und wachsender Beifall bei seinem allmählichen Erscheinen von 1844 — 51. Man las sie in Norddeutschland, jetzt nicht minder leidenschaftlich gern, wie in der Heimat des Autors, man schwärmte für diesen süddeutschen Poeten in Berlin fast gerade so wie in Wien.

Daß das Aufsehen, welches Stifter machte, insofern tieferen Sinn und Begründung hatte, als in ihm die Elemente und ersten Spuren einer neuen literarischen Richtung lagen, kann nicht geleugnet werden. Bratranek hat dies, wie uns scheint, sehr treffend herausgeführt. Er meint, inmitten des weithin schallenden Wogeneschlages der politischen Poesie in den vierziger Jahren habe sich ein ruhiges Gebiet gezeigt, von welchem Kundigere gleich Anfangs behaupten mochten,

wurde das Londoner Protocoll vom Jahre 1832 über den Haufen gestoßen und ein ungewisses, unlenkbares Recht gebeugt und gebrochen; zu Gunsten des Vaters soll ein an sich ungiltiger Vertrag aufrechterhalten werden.

Die Londoner Blätter veröffentlichten eine neue Depesche des britischen Gesandten am Dresdener Hofe, Herrn Murray, vom 8. Jänner als Antwort auf die Depesche des Herrn v. Beust vom 5. Jänner. Herr Murray sagt darin, daß die deutschen Occupations-Truppen in Holstein die Proclamation des Prinzen Friedrich als Herzogs von Schleswig geduldet hätten, sei allerdings eine Sache, welche die nicht-deutschen Mächte etwas angehe, und Baiern, Sachsen und Württemberg, die dem Prinzen Friedrich ihre Unterstützung hätten angedeihen lassen, seien für die Folgen verantwortlich. Uebrigens habe England nicht drohen wollen. Herr v. Beust hat sofort unterm 10. darauf erwidert, Lord Russell möge sich mit seinen allenfälligen Beschwerden an den Bund wenden der allein competent sei, über Reclamationen fremder Mächte zu entscheiden.

Ueber die Antwort, welche Herr v. Roggenbach auf das letzte von Oesterreich und Preußen an die Bundesregierungen gerichtete Rundschreiben gegeben hat, wird folgendes mitgeteilt: Sie stellt an die Spitze, daß die badische Regierung keiner Aufforderung von Außen bedürfe, um ihre Autorität zu wahren, und die Gesetze zur Geltung zu bringen. Diese Autorität sei übrigens nicht bedroht, und die Gesetze würden gehandhabt; Baden habe keine Elemente, welche die Ruhe des Landes und den Frieden Deutschlands gefährden könnten. Die Wehr- und Turnvereine zumal, welche mit Genehmigung der Regierung bestanden, hätten bis jetzt keinen Augenblick aufgehört, sich in durchaus legaler und loyaler Weise zu bewegen. Aber freilich sei die Regierung nicht in der Lage, die Vorschriften des unter dem Drucke reactiverer Zeitläufe zu Stande gekommenen und von den badischen Kammern nicht sanctionirten Bundesvereinsgesetzes vom Jahre 1854 als verbindlich anzuerkennen. Was speciell die schleswig-holsteinische Frage angehe, so sei die Bewegung für dieselbe eine vollständig berechtigte und gesetzliche. Die Regierung stehe dabei auf demselben Boden wie das badische Volk und dessen Vertretung. Sei in anderen Theilen Deutschlands die Stimmung eine erregtere, so trage nur die Behandlung der Angelegenheit durch den Bund und namentlich der Bundesbeschluß vom 7. December die Schuld, und wirkliche Befürchtungen würden erst dann plausibel sein, wenn der Bund schließlich eine Entscheidung fälle, welche den gerechten Wünschen und Forderungen der Nation keine Rechnung trage. Eine solche Entscheidung hintanzuhalten, erachte Baden nach wie vor für seine erste patriotische Pflicht.

Prinz Napoleon hat abermals Schritte beim Kaiser gethan, um ihn zu bestimmen, nicht auf die verderblichen Rathschläge Rouher's zu hören und dem erwachten Geiste in Frankreich Rechnung zu tragen. Der Kaiser hat sich nicht ausgesprochen. Man ist überzeugt, er werde nicht nachgeben, und spricht schon jetzt von Minister-Veränderungen im Sinne der Reaction und eines Krieges mit Oesterreich.

Ueber den dänisch-deutschen Streit hat Prinz Napoleon an seinen Freund in der Schweiz einen Brief geschrieben, in welchem sich folgende Aeußerung vorfindet: „Der Kaiser wird trotz seiner Sympathie für Dänemark doch nicht gegen seine bisherigen Grundsätze verstoßen und Partei gegen Deutschland nehmen, wenn dieses die Frage auf den nationalen Boden stellt. Er wird die Grundsätze der Nationalitätspolitik niemals verleugnen.“ Wie man in Paris die eventuelle Besetzung von Schleswig durch Preußen und Oesterreich ansieht, ist noch nicht bestimmt, es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung über diesen Punkt sich nicht ausgesprochen hat. Lord Russell soll durchaus nicht damit einverstanden sein.

Befamntlich ist ein Prinz Bonaparte in einem Regimente angestellt worden, das nach Mexico geschickt wird. Wir möchten dem Gerüchte keinen Glauben

schenken, daß es jetzt schon eine beschlossene Sache sei, denselben zum Kaiser von Mexico zu avanciren; aber es sei möglich, daß er als ein „en cas“ dorthin geschickt wird.

„Telegrafal roman“ bringt in seiner Neujaehrnummer einen Leitartikel, in welchem er über die augenblickliche Situation u. A. bemerkt: „Auch das Jahr 1864 birgt in sich die Fortsetzung der ganz Europa schon geraume Zeit erschütternden Nationalitätskämpfe, deren Ende und Folgen kaum abzusehen sind. Oesterreich trifft das neue Jahr unleugbar in einer sehr bedenklichen Situation im Innern sowohl, als nach Außen; nach Außen wegen des Mangels fester, zuverlässiger Allianzen und der offenen Feindschaft mehrerer Mächte, nach Innen wegen der verschiedenen Opposition Ungarns und Croatiens gegen die Reichsverfassung, wegen des Mangels einer präcisen Gränze zwischen dem Wirkungskreise des Reichsrathes und der Landtage und besonders wegen der das richtige Maß bereits übersteigenden Lasten, welche die Bevölkerung drücken und dennoch nicht ausreichen. Auch die Romanen Siebenbürgens — schließt das Blatt seine Neujaehrsmemorien — nehmen viele unerfüllte Wünsche noch in das Jahr 1864 hinüber, aber es begleitet sie über die Jahresgränze auch die Zufriedenheit über die Position, die sie durch Erlangung der Rechte einer Nation in dem eben geschlossenen Jahre erreicht haben. Das Jahr 1848 hat die Romanen zu einem Volke, das Jahr 1863 dieselben zu einer Nation gemacht. Alles andere werden sie noch erreichen, wenn sie in ihrer Treue gegen den Monarchen und das Allerhöchste Kaiserhaus, wenn sie in ihrem Kampfe für die Einheit der Monarchie ausharren und dies alles mit der Erfüllung der Pflichten gegen die eigene Nation wie bisher zu vereinbaren wissen.“

Das neue spanische Ministerium ist gebildet, wird aber wohl nur als Uebergang zu einem andern dienen. Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen ist Arrazola, Kriegsminister General Lerund, Justizminister Alvarez, Finanzminister Ercopita, Minister des Innern Benavides, Colonialminister Castro und Arbeitsminister Moyano.

Nach der Haltung der belgischen katholischen Presse und einem Leitartikel des officiösen Journals vom 18. zu urtheilen, wird die Bildung eines außerparlamentarischen Uebergangs-Ministeriums die Krisis wahrscheinlich zur Lösung bringen; die Liberalen wollen nicht mehr regieren, die Clerikalen können noch nicht, und eine Kammer-Auflösung würde kaum wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des zweiten Hauses zu Wege bringen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Jänner.) Auf der Ministerbank: Schmerling, Plessner, Burger.

Nach Vorlesung des Protocolls und Mittheilung der Einläufe, wird zur Fortsetzung der Debatte über die Luxussteuer geschritten.

Berichterstatter Dr. Kaiser theilt mit, daß der Ausschuß beschloffen habe, dem Hause die Ablehnung der von dem Abgeordneten Br. Tinti in der gestrigen Sitzung eingebrachten Amendements dem hohen Hause zu empfehlen, weil durch dieselben die Einhebung der Steuer und die Abgabe der Bekenntnisse nur complicirter würde.

Grocholski stellt das Amendement, daß in dem Formular des Bekenntnisses und entsprechend im § 9 die Rubrik: „Alter der Dienerschaft“ weggelassen werde, weil es für die Steuerbehörde gleichgültig ist, wie alt der Diensthofe ist, wenn er über 16 Jahre ist, und diese Rubrik nur den Zweck haben kann, daß auch Diensthofen unter 16 Jahren in dem Bekenntnisse angeführt werden, und der Steuerbehörde die Entscheidung überlassen bleibe, ob ein Diensthofe zu besteuern ist oder nicht. (Wird unterstützt.)

Graf Christian Rinsky stellt den Zusatzantrag: Änderungen im Haushaltslande werden über erfolgte Anmeldung bei dem nächsten Quartal in Zuzug oder Abschreibung gebracht und der Luxussteuerkataster hiernach regulirt. (Wird unterstützt.)

Berichterstatter Dr. Kaiser erklärt, keines der neu eingebrachten Amendements empfehlen zu können, das erste nicht, weil eine Controle wirklich nothwendig ist, das andere nicht, weil dann 4 Normaltage statt des beabsichtigten Einen geschaffen würden und weil des möglichen Falles wegen, daß jemand im Laufe des Jahres einen Diener entläßt, nicht der ganzen Bevölkerung auferlegt werden kann, vielmehr im Jahre Bekenntnisse einzureichen, was nach dem gegenwärtigen Wortlaut des Gesetzes ein für allemal zu geschehen hat.

Br. Tinti hält seinen Antrag aufrecht. Bei der Abtimmung fallen sämtliche Amendements und wird § 9 sammt dem dazu gehörigen Formulare des Bekenntnisses nach der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu § 10 (zur Mitwirkung bei Ein Sammlung der Bekenntnisse sind verpflichtet: die Gemeindevorsteher und der Hauseigentümer oder sein Stellvertreter) stellt Grocholski ein Amendement, daß den Steuerpflichtigen für die Fassung ein Zeitraum von 10 Tagen, (während die Ausschußvorlage nur 3 Tage gestattet) und der Gemeindevorsteher ebenfalls 10 Tage gewährt werden, um die Fassung der Steuerbehörde vorzulegen.

Berichterstatter Dr. Kaiser acceptirt diese Amendements, Namens des Ausschusses, worauf § 10 mit den Amendements Grocholski's angenommen wird.

§ 11 (Prüfung und Controlirung der Bekenntnisse),

§ 12 (Bemessung und Voranschreibung der Steuergebühr),

§ 13 (die Luxussteuer ist bis Ende April 1864 auf einmal im ganzen Betrage zu entrichten),

§ 14 (Ueberreichung von Beschwerden gegen die Bemessung der Steuer) werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 15 (Strafbestimmungen über Unterlassung der Einbringung der Bekenntnisse oder unrichtige Angaben von Seite des Steuerpflichtigen), stellt Grocholski mehrere Amendements dahin gehend, daß eben außer den Hauseigentümern und Gemeindevorsteherungen niemand zur Ertheilung von Aufklärungen berufen werden kann, und daß auf Ordnungsstrafe nicht von 1—100 fl., sondern von 1—50 fl. soll erkannt werden können. (Unterstützt.)

Kromer bringt ein Amendement, welches den Zweck hat, Steuerpflichtige, bei welchen Localuntersuchungen nothwendig wurden, zum Ersatz der dadurch verursachten Kosten zu verhalten. (Nicht unterstützt.)

Berichterstatter Dr. Kaiser erklärt sich gegen die Amendements Grocholski's mit Ausnahme des, die Strafziffer betreffenden, welches er befürwortet.

Bei der Abtimmung wird § 15 mit den Amendements Grocholski's angenommen.

§ 16 (Verjährung der Strafbarkeit),

§ 17 (Vollzug des Gesetzes), werden ohne Debatte angenommen. Der nächste Gegenstand ist die Fortsetzung der Debatte über das Gesetz betreffend die Einhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Actienunternehmungen.

Berichterstatter Dr. Herbst: In letzter Beratung dieses Gegenstandes sei von dem Finanzminister der Wunsch nach einem Zusatz zu § 3 ausgesprochen worden, dem zufolge die Einhebung der Steuerzuschläge an dem Orte des Sitzes der Administration geschehen könne, indem auch die Vorrichtung an anderen Orten geschehen ist. Der Ausschuß befürwortet diesen Zusatz und stellt den Antrag als 2. Alinea des § 3 zu setzen: „Der Finanzverwaltung bleibt jedoch vorbehalten, die Abfuhr der bei den betreffenden Steuerämtern vorgeschriebenen und einzubringenden Steuerbeträge, bei der Steuerkassa am statutenmäßigen Standorte der Oberleitung der Unternehmung u. zw. auf Rechnung der, bei den einzelnen Steuerämtern vorgeschriebenen Steuergebühren zu verlangen.“ Ueber Antrag des Berichterstatters wird zur dritten Lesung geschritten und wird das Gesetz endgültig zum Beschluß erhoben.

Die erste Section des Finanzausschusses hielt am 20. d. Sitzung. Aus derselben vernahmen wir nur so viel, daß die Regierung erklärt habe, ihre bisherige Vorlage aufrecht zu halten. In Beziehung auf die der Section vorgelegten Actenstücke verlautet, daß dieselben sich auf die Sitzungs-

protocolle des Bundestages, die Instructionen für die Bundes-Commissäre, endlich eine authentische Abschrift der Stipulationen von 1851/52 beschränken. Der Co-Operation Oesterreichs mit Preußen sollen förmliche Staatsverträge, speciell eine Militär-Convention, zu Grunde liegen; der Section jedoch wurden diese Documente nicht vorgelegt.

Der Sectionssitzung ging eine Sitzung des Finanzausschusses voraus, in welcher die Regierungsvorlage, betreffend die bekannte Aenderung des Gesetzes über das Nothstands-Anlehen, angenommen und die Mitglieder für die gemischte Commission zur Vereinbarung über den Staatsvoranschlag gewählt wurden. Aus dieser Wahl gingen hervor die Abgeordneten: Herbst, Tschek, Giska, Graf Rinsky, Baron Doblhoff und v. Hopfen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Jän. Se. Majestät der Kaiser wird morgen Donnerstag Audienzen ertheilen. Se. Maj. der Kaiser nahm im Laufe des Vormittags mehrere Vorträge der Herren Minister entgegen.

Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Sophie haben für das 6. Armee-corps gespendet: 1200 Paar schafwollene Fußsocken, 1800 Paar wollene Handschuhe.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm beabsichtigt den reizend gelegenen und viel besuchten Kurort Karlsbrunn in Oester.-Schlesien durch Erbauung von mehreren Wohnhäusern zu verschönern.

Die Abreise des Herrn FML. Ritter v. Benedek nach Verona ist für übermorgen festgesetzt.

Nachdem die k. ungarische Hofkanzlei den Auftrag erhalten hat, als Vorlage für den nächsten Landtag ein neues bürgerliches Gesetzbuch auszuarbeiten, ist man gegenwärtig im Begriff, die betreffende Commission hiefür zusammenzusetzen. Außer mehreren theils tüchtig bekannten Juristen der k. Hofkanzlei werden auch Juristen aus Ungarn zugezogen werden und zwar theils Beamte, theils aber auch Advocaten aus verschiedenen Gegenden des Königreichs, desgleichen einige Professoren der Pester Universität und einige anderer ungarischer Rechtsakademien, auch soll der Redacteur eines juristischen Fachblattes zugezogen werden. Die Gesamtzahl der Commissionsmitglieder ist auf 18 normirt.

Ein Corr. der „Boh.“ hat die Nachricht von der Abtattung des Bischofs Haynald als „mindestens verfrüht“ bezeichnet; dagegen sagt ein Corresp. des „Tag. a. B.“, er könne sogar den Tag der Resignation bezeichnen; es war der 31. December, an welchem Se. Excellenz an Se. Majestät die Anzeige erstattete, daß er „wegen“ sein Resignationsgesuch an den Heiligen Stuhl abgesandt habe.

Der Ausschuß des VI. Bezirkes (Mariahilf) hat sich an den Gemeinderath mit der Bitte um Beitragsleistung und um Anweisung eines Platzes zu dem Monumente gewendet, welches dem Tonscher Gumpendorf, als seiner ehemaligen Wohnstätte, errichtet werden soll. Die Finanzsection hat sich im Einvernehmen mit der zweiten Section für eine namhafte Beitragsleistung und dahin ausgesprochen, daß das Monument auf dem Plage vor der Kirche zum heiligen Agyd in Gumpendorf aufgestellt werde.

Deutschland.

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Altonaer Magistrats und des Deputirtencollegiums vom 20. d. wurde einstimmig beschloffen, den Herzog durch eine Deputation zum Besuch einzuladen und zwei Mitglieder des Deputirtencollegiums der großen Deputation nach Frankfurt, wegen Beschleunigung der Anerkennung des Herzogs, beizugesellen. Der schleswig-holsteinische Verein in Kiel beschloß, einen Antrag an die Bundescommissäre auf die schleunige Wiedererrichtung eines holstein-lauenburgischen Bundescontingents zu richten.

Das in Kiel stationirte sächsische Bataillon hat plötzlich Marschordre erhalten; es rückt nach Rortorf und nach Hohenwestedt zur Concentrirung der sächsischen Brigade. An ihre Stelle rücken Oesterreicher ein.

Die holsteinische Centralcasse, welche bisher in Rendsburg etablirt gewesen, wird, wie verlautet, bereits in den nächsten Tagen mit ihrem Beamtenpersonal nach Altona verlegt werden.

es werde sich dort eine neue Landveste, vielleicht gar ein neuer Welttheil erheben. Als man zu merken begann, daß „all jene lichterprühenden, schöngeschwungenen, hochaufwühlenden Gesangeswellen schaukelnde Ergänznisse seien, die allmählich am uralten Fels zerfielen oder wohl gar im Sande breiigpürrig verfielen“, da schaute man sich sogleich nach dem „unergründlichen Boden um, auf dem man unheimlich seinen Weg wandeln konnte. Der war denn in der That auf dem von den Rumbigern richtig durchsuchten Punkte emporgestiegen oder emporgeschoben worden. Das Volk zeigte sich als der unergründliche Grund, den das Wogenwunder der politischen Dichtung blossgelegt hatte, freilich nicht das Volk nur als numerische Masse, sondern in seinem Kern und Wesen, d. h. in der aus einem bestimmten Boden und seinen Culturbedingungen erwachsenden Sitte.“ So entstand die Dorfgeschichte. Bratranek hat ihre Genesis ganz recht dargestellt, wenngleich seine Definition etwas bilderreich ist.

Sie also wurde nun der Literaturwelt, welchem die Zukunft gehörte. Immermann hatte auf dem „Oberhofe“ die kernhaftesten, weil durch die Sitte festgeschwammten Charaktere gezeigt; so schien es denn nicht fehlen zu können: man brauchte nur auf das Dorf hinausgehen und hatte an jedem „Tollpatsch“ ein Kerlchen, das sich nach einigem Drillen im Salon setzen lassen konnte. Auerbach vor Allem verstand dies Drillen meisterhaft, nach ihm auch Rant. Beide waren wirklich in der Dörse aufgewachsen und brachten daher meist ausgezeichnete Lebensbilder. Bedeutenderes noch wurde von Jeremias

Gotthelf geboten, nur ist es nicht mehr freies Naturgewächs, sondern wie einst Pestalozzi's „Gertrud und Einarhard“ zum Wegweiser im pädagogischen Gebiete verarbeitet; die meisten Anderen dagegen, welche aufs Land gegangen waren, um neue Klippfelsen zu entdecken, trugen höchstens den Stallgeruch heim, zum Beweise, auch sie wären dort gewesen.

Wie jeder Mode ein Bedürfnis zu Grunde liegt, so war ein solches in dem Interesse für die Dorfgeschichte gleichfalls nicht in Abrede zu stellen. Es war, wie Bratranek sagt, „der dem Menschengestalt inwohnende Drang der Forschung, das Streben, von der Erscheinung zum Wesen, von der Oberfläche zu ihren Daseinsgründen vorzudringen.“ So ging man denn auch in diesem Falle von der Bemerkung um das Staatsleben zu der um die Sitte fort und machte zuletzt noch den Schritt weiter zum Gemüthe als der pulsirenden Kraft der Sitte. Und wenn das kaum verlassene Gebiet als die Naturgeschichte des Volks bezeichnet wurde, so konnte das nun erreichte füglich als die Naturgeschichte des Gemüthes gelten. Stifter war einer der Ersten, welche jenen Schritt weiter thaten. Er behandelte sein Gebiet aber als Mikroskopiker, und dies ist seine, die neue Richtung, welche die deutsche Poesie in den vierziger Jahren erhielt. Bratranek zieht noch hierbei den sinnigen Vergleich mit der Naturwissenschaft, die damals gerade auch in jene Periode eintrat, als deren Symbol wir das Mikroskop zu bezeichnen haben. Man braucht nur an den Streit über das Linne'sche Pflanzensystem zwischen Unger und Schleiden zu denken, welcher ja eben auf einem bloß mikro-

skopisch zugänglichen Felde ausgefochten wurde. Sodann wird auf den persönlichen Vergleich Stifiers mit Hebbel übergegangen, von welchem wir schon oben andeutungsweise sprachen. „Scheinbar — so lauten die Worte des geistvollen Kritikers — sind das freilich sehr ungleiche Brüder, die wir da herstellen, aber auch nur scheinbar; im Grunde sind sie einander nicht fremder als Leben und Sterben, welche Prozesse eben nichts Anderes sind als Modification desselben. In der That verfolgt der Eine als pathologischer Anatom den Untergang, der Andere als Physiolog den Aufgang des Gemüthslebens aus seinen Elementen. Beide ergängen einander im Bereich der Dichtung ebenso, wie im eigentlichen Gebiete der Naturwissenschaft der Physiolog nichts vom Leben weiß, wenn er nicht die kaum bemerkbaren Pfade kennt, auf denen der Tod heranschleiche, und der pathologische Anatom nichts über das Streben wird sagen können, wenn er nicht die feinsten Ausläufer der Lebensgesetze zu verfolgen versteht. Hebbel ist nicht in dem Sinne Patholog des Herzens, daß er, wie Unzählige vor ihm, sich begnügt, den Typus und die Symptome der Krankheit anzugeben; sondern als der moderne Anatom dieser Richtung forscht er nach den leisesten Ausweichungen des Organismus und zerfasert die Gebilde und Gewebe bis zu ihren mikroskopisch erreichbaren Elementen, um zeigen zu können, wie das Geheimnis des Strebens aus dem Geheimnis des Lebens hervorgeht. Nur das Mikroskop läßt Hebbel gelten — natürlich ein geistiges, ideelles — und gerade so auch Stifter, nur daß dieser, als der Physiolog der Lebensfreudigkeit des

Gemüthes, dem Keimen, Blühen und Früchtebringen selbst im Verwitternden nachspürt. Die mikroskopische Behandlung der Gemüthsstadien charakterisirt die neue Richtung, welche die deutsche Literatur durch Hebbel erhielt, und wieder ist es die physiologische Seite, durch die Stifter gekennzeichnet wird.“

Wir gestehen, daß uns das Alles ganz absonderlich gefällt. Wie wahr und treffend ist es, jene zwei Dichter als „Mikroskopiker“ neben einander zu stellen, sie dann aber als Gegensätze, den Einen als Pathologen, den Andern als Physiologen zu behandeln! Die Ideen, welchen Bratranek hier Ausdruck leiht, sind bekannt, aber der Ausdruck selbst ist neu, originell, überraschend.

Nur eines ist zu beklagen, der Verfasser ist zu eingenommen für die Persönlichkeit, deren Skizze er entwirft, er sieht über der Schönheit und Eigenthümlichkeit ihrer Vorzüge nicht den Punkt, wo die letzteren in Schwächen und in Manier verfallen. Das Schildern mit Hilfe des Mikroskops, das übermäßige Detailliren und gar zu minutiöse Ausmalen bewirkt, daß die großartigen Erscheinungen der Landschaft, die erhabenen Seiten des menschlichen Charakters, die leidenschaftlichen Wallungen und Ausbrüche des Gemüthes in den Bildern, die Stifter entwirft, am Ende ganz und gar fehlen. Es ist schließlich Alles sogenannte „Kleinmalerei“ mit der bei diesem Genre nie mangelnden Fingeringung zum „Schönfärben.“ Nur immer die Lichtseite der Natur und des Menschenlebens erscheint vor uns, nie wendet sich ihre furchtbare und entsetzliche Nachtseite uns zu. Es scheint bloß Frühling und Sommer zu geben, keinen Winter mit Tod

Die Diebe, welche den im Monat November im historischen Museum im Zwinger zu Dresden vorgekommenen größten Diebstahl verübt haben, sind entdeckt und sämmtliche gestohlene Gegenstände bereits aufgefunden worden. Die Thäter sind in zwei Soldaten ermittelt worden, auf welche gleich anfangs der Verdacht gefallen war.

Kundmachung.
Erkenntnis.

(82. 1)

Das k. k. Landesgericht in Linz hat mit Urtheil vom 30. Dezember v. J. 3. 7847 die Weiterverbreitung des Blattes Nr. 70 vom 2. September 1863 der „katholischen Blätter“ bezüglich des darin unter der Ueberschrift „die Reformation und die Reformatoren“ enthaltenen Artikels verboten und auch auf Vernichtung dieses mit Beschlage belegten Blattes erkannt.

Kundmachung.
Erkenntnis.

(83. 1-3)

Das k. k. Landesgericht als Preßgericht hat mit Urtheil vom 18. Dezember 1863 die Weiterverbreitung des Artikels „Zu Radymna 7. Pazdziernika“ in der Chronik des k. k. Landespolitischen Blattes „Dziennik narodowy“ Nr. 224 vom 10. October 1863 und mit Urtheil vom 8. Jänner 1864 die Weiterverbreitung des Artikels „Dyskusja nad położeniem Galicyi“ in der Nr. 259 vom 20. November 1863 derselben Zeitschrift und zwar in beiden Fällen, weil der Inhalt dieser Artikel den Thatbestand des Vergehens der Aufwiegelung §. 300 St. G. begründet, verboten.

Kundmachung.

(71. 3)

Nach Anzeige der k. k. Kreisbehörde in Przemyśl, ist am 1. d. in Lesniowice, Jaworower Bezirkes, unter Einem auf den Märkten des Przemysler Kreises gefausten, zur Mastung bestimmten Hornviehtriebe die Rinderpest ausgebrochen.

Dieser Seuchenausbruch wird im Interesse des Viehhandels zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Kraukau, am 12. Jänner 1864.

Kundmachung.

(72. 3)

Unter einer in Lisko, Sanoker Kreises eingekauften, aus 30 Stück bestehenden Ochsenherde ist am 27. v. M. die Rinderpest in Grembow Rzeszower Kreises ausgebrochen, und es sind bereits 3 Viehstücke an dieser Seuche umgekommen.

Die Gernung des verstorbenen Wirtschaftshofes, und die zur Unterdrückung der Seuche vorgeschriebenen veterinär-polizeilichen Maßregeln sind gleich nach Constatirung der Seuche eingeleitet worden.

Dieser Seuchenausbruch wird hiemit zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Kraukau, am 12. Jänner 1864.

Edict.

(67. 3)

Vom k. k. Landesgerichte in Kraukau werden in Folge Einschreitens der Jhabella Gostkowska bürgerlichen Beisitzerin und Bezugsberechtigten des im Wadowicer Kreise liegenden, in der Landtafel dom. 35 pag. 53 vorkommenden Gutes Skomielna czarna befuhs der Zuweisung des laut Zuhchrift der Kraukauer k. k. Grundentlastungs-Commission vom 21. Jänner 1856 3. 286 für das obige Gut Skomielna czarna bewilligten Arbarial-Entschädigungs-Capitals pr. 5287 fl. C. M., diejenigen, denen ein Hypothekendarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis Ende Februar 1864 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- Die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisirte Vollmacht beizubringen hat;
- den Betrag der angesprochenen Hypothekdarforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, inwieweit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;
- die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und
- wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschehene Zustellung, würden abgefordert werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorbehalt nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Ueberweisung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorbehalt für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldungen freit Verjüngende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erschienenen Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden verpfändet geblieben ist.

Kraukau, am 21. Dezember 1863.

Edict.

(57. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht in Andrychau wird bekannt gemacht, es sei in Folge der Güterabtretung des

Hausantheilbesizers Simon Nichtenhauser in Andrychau de praes. 20. Dezember 1863 über sein gesamtes, wo immer befindliches bewegliches, dann hierorts und in den Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 N. 251 (R. G. B.) Wirksamkeit hat, gelegenes unbewegliches Vermögen der Concurs eröffnet, und als Concursmassafuvertreter der Landesadvokat zu Wadowice, Herr Dr. Vincenz Materna aufgestellt worden.

Es werden daher Alle, welche an den Verschuldeten eine Forderung zu stellen sich berechtigt halten, hiemit erinnert, ihre, auf was immer für Recht sich gründenden Ansprüche mittelst einer förmlichen, Klage wider den genannten Herrn Concursmassafuvertreter bis zum 29ten Februar 1864 hiergerichts um so gewisser anzumelden und in dieser Anmeldung nicht nur die Richtigkeit ihrer Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen sie in eine oder andere Classe gesetzt zu werden verlangen zu erweisen, widrigens sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Creditvermögen soweit möglich in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungeachtet des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensations-Rechtes abgeleitet sein, und im letztern Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse verhalten werden würden.

Zugleich wird eine Tagung auf den 11. März 1864 Vormittags 10 Uhr bei diesem Gerichte angeordnet, bei welcher sämtliche Gläubiger zum Verzuge eines gültigen Ausgleiches dieser Concursache zu erscheinen haben. Sollte dieser nicht zu Stande kommen, so wird bei derselben zugleich entweder die Bestätigung des einstweiligen, oder Wahl eines andern Massafuvertreters, wie auch die Wahl des Credit-Ausschusses vorgenommen und zur Bestimmung anderer das Massavermögen betreffenden Angelegenheiten geschritten werden, wobei die Nichterschiedenen den Beschlüssen der Mehrheit der Anwesenden als beigetreten angesehen werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.
Andrychau, 30. Dezember 1863.

Obwieszezenie.

(80. 1-3)

Ces. król. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Szymona Zamojskiego zmiesca pobytu i życia niewiadomego, a w razie jego smierci spadkobierców tegoż z życia i miesca pobytu niewiadomych, że przeciw niemu p. Władysław Pegowski, jako oświadczony spadkobierca Franciszki Imo voto Tabaszewskiej, Hdo voto Wojciechowskiej wniósł pozew, de praes. 31. Grudnia 1863 r. do l. 23113 o ekstatulacyę z dóbr Podolany obowiazku Filipa Waltera do wykreslenia z dóbr Glichów i Czerwień sum a) 12,000 złp. na rzecz Wilhelminy z Hebenstreitów Walterowej, b) 19050 złr. na rzecz wysokiego Skarbu, c) 1500 złr. na rzecz Traugota Heniga, d) 6286 złp. na rzecz Jędrzeja Stanowskiego intabulowanych w stanie biernym części dóbr Podolany według dom. 127, p. 191, n. 16 on. na rzecz Szymona Zamojskiego intabulowanego, w załatwieniu tegoż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 8go Marca 1864 o godzinie 10 zrana w tutejszym c. k. sądzie wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Szymona Zamojskiego nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanego p. Szymona Zamojskiego, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tegoż tutejszego Adwokata pana Dra. Rydzowskiego z substytucją p. Adw. Dr. Słachetowskiego kuratorem nieobecnego ustanowił — z którym spór wytozony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiazującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwannemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął — lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił lub wreszcie innego sobie obrońcę wybrał i o tom c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniedbania skutki sam sobie przypisać musiał.

Kraków, 11. Stycznia 1864.

Edykt.

(81. 1-3)

C. k. Sad krajowy dozwała na ządanie p. Cezara Hallera celem zaspokojenia przyznanej mu nakazem zapłaty z dnia 5 Listopada 1861 do l. 19281 przeciw p. Adamowi Statlerowi sumy 10000 złp. z przyn. przymusową publiczną sprzedaż realności pod N. 29, D. VI, 298 G. VIII. w Krakowie położonej, według ks. gl. G. VIII. Wesola vol. nov. 4 pag. 578 n. 5 haer. pana Adama Statlera własnej, która to sprzedaż w trzech terminach, t. j. dnia 18 Lutego, 16 Marca i 15 Kwietnia 1864 każdą razą o godzinie 10 zrana w c. k. Sądzie krajowym Krakowskim przedsięwzięta będzie.

- Jako cenę wywoławczą stanowi się wartość szacunkowa téjże realności w kwocie 18683 złr. 85 kr. w. a. oznaczona. Niżej téj ceny szacunkowej rzeczona realność w powyższych trzech terminach sprzedana nie będzie.
- Każdy mający chęć kupna obowiazany będzie przed rozpoczęciem licytacji 1/10 część ceny szacunkowej w kwocie 1868 złr. w. a. jako wadium albo w gotówce, albo w obligacjach państwa austriackiego, lub wreszcie w listach

zastawnych galicyjskich z kuponami i z talonem według kursu w dniu licytacji gazetą urzędową Krakowską wykazać się mającego, nigdy jednak wyżej wartości nominalnej do rąk komisji złożyć. Po skończonej licytacji wadium nabywcy zatrzymane, zaś wadya reszty licytantów natychmiast im wydane zostaną.

Gdyby za realność w mowie będąca w powyższych trzech terminach nawet cena szacunkowa ofiarowana nie została, wyznacza się równocześnie termin na dzień 15 Kwietnia 1864 o godzinie 12 południowej celem ułożenia przez wierzycieli hipotecznych w myśl §. 148 P. S. lżejszych warunków, z dołożeniem, że niestawiający wierzyciele gruntowych niezaciągniętej realności a mianowicie domu drewnianego, stodoły drewnianej i stajni i gruntu w objętości jednego morga 1176 sążni kwadr. w Mszany dolnej pod Nr. 79 położonej w ogólnej wartości 115 złr. w. a.

Do tegoż celu wyznacza się trzy terminy, t. j. dzień 23go Lutego, dzień 22 Marca i 5 Kwietnia 1864 o godzinie 10 przed południem na miejscu w Mszany dolnej z tém nadmienieniem, iż realność ta w pierwszych dwóch terminach tylko za cenę szacunkową lub wyżej takowej, w trzecim terminie zaś i niżej téj ceny za gotowe pieniądze sprzedana będzie.

Kwota wywołania jest cena szacunkowa 115 złr. w. a. zaś wadium złożyć się mające 10ta część ceny wywołanej.

Warunki licytacji mogą być każdego czasu w registraturze tutejszego Sądu przejrane.

Z c. k. Urzędu powiatowego.

Skrzydlna, 29 Listopada 1863.

Edykt.

(77. 1-3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Gorlicach podaje się niniejszém Janowi Brońskiemu do wiadomości, iż dnia 24go Kwietnia do l. 1179 i 1190 Natan Goldmann z Ropy na rzecz tegoż Jana Brońskiego odnośnie do zobowiązania w kontrakcie kupna i sprzedaży dtdo. 24go Lipca 1848 przyjętego, na mocy którego kontraktu Natan Goldmann od Jana Brońskiego zagrode tegoż w Ropie pod Nr. 73 położoną, Kostra zwaną, ze wszystkiem co do takowej w ziemi i budynkach należy za sumę 76 złr. m. k. na własność nabył, w tutejszym c. k. Sądzie sumę 38 złr. m. k. złożył, którato suma stosownie do wniesionego ządania uchwalał z dnia 24go Kwietnia 1863, N. 1179 do depozytu sądowego także przyjętą została.

A ponieważ Jan Broński z życia i pobytu swego niewiadomym jest, więc na niebezpieczeństwo i kosztu nieobecnego Jana Brońskiego, kuratorem tegoż mianowanym został tutejszy c. k. Notaryusz P. Nicefor Więkowski, który równocześnie o złożeniu powyższej sumy zawiadomionym zostaje.

Wzywa się tedy nieobecnego Jana Brońskiego, aby w przeciągu 90 dni albo sam się zgłosił, albo się z postanowionym dla niego kuratorem porozumiał, albo innego zastępcę mianował, a w ogólności aby użył wszelkich środków prawnych, które by w téj sprawie za potrzebne uważał, inaczejby skutki z opieszałości jego wyniknąć mogące sam sobie przypisać musiał.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.

Gorlice, 10 Grudnia 1863.

Edict.

(68. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Saybusch werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassmasse der am 3. Dezember 1862 mit Testament verstorbenen Antonia Krish aus Saybusch eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthnung ihrer Ansprüche den 30. März 1864 Vormittags 9 Uhr zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigens denjenigen an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zustände als infolge ihnen ein Pfandrecht gebühret.

Vom k. k. Bezirksgerichte.

Saybusch, am 24. September 1863.

Edict.

(69. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht in Milówka wird über Einschreiten des Jsaak Goldberg aus Rajca der Inhaber der angeblich in Verlust gerathenen Empfangsbestätigung der k. k. Staatsschuldentilgungsfondscaße dtdo. Wien 15. Juli 1851 3. 10 über einen von dem gewissen Jsaaknehmer Ignaz Kowalezyk erlegten Cautionsbetrag pr. 40 fl. 20 kr. C. M. angefordert, dieselbe binnen Einem Jahre von der letzten Einschaltung dieses Cautions gerechnet, dem hiesigen k. k. Bezirksamte als Gerichte um so gewisser vorzubringen, als sonst diese Empfangsbestätigung über neuerliches Ansuchen des Jsaak Goldberg amortisirt und als null und nichtig erklärt werden wird.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.
Milówka, 9. November 1863.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom. Höhe auf in Paris, Linie	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeits der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages
Barom. Höhe auf in Paris, Linie	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeits der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages
21 2	33 4	100	W. Süd-West schwach	trüb	Mondhof um Mittern.	— 96 — 105
21 10	35 10	100	" " " "	"	"	"
22 6	35 93	100	" " " "	"	"	"

Ein großer, weißer, am Rücken und Kopfe braun gefleckter Borstehund

curländischer Race, mit langen, behängten braunen Ohren, an den Füßen mit kleinen braunen Flecken, und oberhalb der Schnauze mit einem weißen Flecke versehen, ist einem Bauer von Krakau nach Myslenice nachgegangen, und ist in Myslenice aufgegriffen worden. Der rechtmäßige Eigenthümer dieses Hundes wolle sich brieflich oder selbst persönlich wegen Rückerlangung des Hundes gegen Leistung einer angemessenen Entschädigung der Pflege an Peter Wierciak in Myslenice wenden.

(84. 1)

Wiener Börse-Bericht

vom 20. Jänner.
Öffentliche Schuld.
A. Des Staates.

	Geld	Markt
In Austr. W. zu 5% für 100 fl.	67.—	67.20
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	79.90	80.10
mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.90	80.10
von April — October	79.90	80.10
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	72.15	72.30
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	63.25	63.75
mit Verlosung v. J. 1859 für 100 fl.	140.50	141.—
1854 für 100 fl.	88.50	90.—
1860 für 100 fl.	92.50	92.60
Gomo-Rentenscheine zu 42 L. anstr.	18.25	18.75

B. Der Kronländer.	
Grundentlastungs-Obligationen	
von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl.	87.50 88.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	91.— 93.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	88.50 89.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87.25 87.75
von Tirol zu 5% für 100 fl.	— —
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	87.— 89.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	73.75 74.50
von Kemer Banat zu 5% für 100 fl.	72.— 72.50
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.50 75.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	71.80 72.—
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.90 72.10
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.25 71.50

Actien (pr. 21.)	
der Nationalbank	779.— 780.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. öst. W.	179.— 179.20
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	668.— 670.—
der kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C. M.	1688.— 169.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C. M.	— —
der 500 fl.	189.50 190.—
der kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C. M.	136.25 136.75
der Süd-nord. Verbind.-B. zu 200 fl. C. M.	126.50 127.—
der Theiss. zu 200 fl. C. M. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.— 147.—
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	247.— 249.—
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. C. M.	197.50 198.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C. M.	428.— 430.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C. M.	226.— 227.—
der österr. Kaiserb. Kettenbrücke zu 500 fl. C. M.	392.— 394.—
der Wiener Dampfschiffahrts-Actie-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	435.— 440.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	153.50 154.—

Pfandbriefe	
der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.— 102.50
auf österr. Verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.75 90.25
der Nationalbank, verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.80 86.—
auf öst. W.	— —
galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	72.25 72.75

Loie	
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öst. W.	130.25 130.50
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. C. M.	90.— 91.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C. M.	112.— 114.—
zu 50 fl. C. M.	48.— 49.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	30.50 31.—
Gstehay zu 40 fl. C. M.	93.— 94.—
Salin zu 40 fl. „	32.— 32.50
Walfisch zu 40 fl. „	34.— 34.50
Glary zu 40 fl. „	32.80 33.—
St. Genois zu 40 fl. „	32.50 33.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	19.50 20.—
Waldstein zu 20 fl. „	21.— 21.30
Regelisch zu 10 fl. „	16.50 16.80

Wechsel. 3 Monate.	
Bank- (Platz) Sconto	
Angsburg, für 100 fl. süddeutscher W. 5%	103.75 104.—
Braunkurt a. W., für 100 fl. süddeut. W. 4 1/2%	103.80 104.—
Hamburg, für 100 fl. W. 3 1/2%	92.— 92.25
London, für 10 fl. Sterl. 7%	121.— 121.50
Paris, für 100 Francs 7%	48.10 48.10

Cours der Geldsorten.	
Durchschnitts-Cours	Letzter Cours
fl. fr. l. fr.	fl. fr. l. fr.
Kaiserliche Münz-Dufaten 5 84 5 82	5 81 5 83
„ vollm. Dufaten 5 81 5 82	5 81 5 83
Krone 16 60	16 05
20 Francstücke 9 82	9 78 9 80
Russische Imperiale 10 05	10 05 10 10
Silber 121 50	121 25 121 75

Abgang und Ankunst der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang	
von Krakau nach Wien 9 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm.	—
nach Breslau, nach Odrau und über Dierberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Min. Abends; — nach Wiliczka 11 Uhr Vormittags.	—
von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Min. Nachm.	—
von Odrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.	—
von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.	—
Ankunft	
in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Dierberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 8 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wiliczka 6 Uhr 20 Min. Abends; — von Odrau nach Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min. Nachm.	—